

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Zusammenfassung	1
Teil 1 Einführung	2
A. Das (vorsorgende) Lebensmittelrecht in der modernen Risikogesellschaft	2
B. Ungereimtheiten im europäischen Lebensmittelsicherheits- recht	7
C. Gefahr und Risiko nach deutschem Rechtsverständnis – Hilfe oder Hindernis?	15
I. Der unterschiedliche zeitliche und situative Anknüp- fungspunkt	18
II. Der unterschiedliche Wahrscheinlichkeitsmaßstab	21
1. Abgrenzung nach Schadenswahrscheinlichkeit (sog. Dreistufenmodell)	23
2. Abgrenzung nach Schadensmöglichkeit (sog. Zwei- stufenmodell)	24
III. Die unterschiedliche Handhabung und ihre Rechtsfolgen	25
IV. Schlussfolgerungen	28
D. Erkenntnisinteresse und Gang der Untersuchung	30
I. Erkenntnisinteresse	30
II. Gang der Untersuchung	33
Teil 2 Der Risikobegriff und die Risikobewertung in der BasisVO	34
A. Der Risikobegriff in der BasisVO – eine Bestimmung von Tatbestand und Inhalt	36
I. Das geschützte Rechtsgut: Gesundheit	37
1. Der Vergleich mit dem Schutzgut aus Art. 3 Nr. 24 KontrollVO	38
2. Die Reichweite des Schutzgutes aus Art. 3 Nr. 9 BasisVO	40
II. Die materielle Komponente: Gesundheitsbeeinträchti- gung	42
III. Der Ausgangspunkt einer Gesundheitsbeeinträchtigung: Gefahr	46
1. Der Vergleich mit dem Gefahrenbegriff aus Art. 3 Nr. 24 KontrollVO	49
	VII

2. Die Art des Agens und seine Auswirkungen	50
IV. Das prognostische (oder diagnostische) Element:	
Wahrscheinlichkeit	51
1. Die prognostische und diagnostische Grundlage des Wahrscheinlichkeitsurteils.....	52
2. Die (fehlende) Erheblichkeitsschwelle der Wahr- scheinlichkeit.....	54
V. Die verknüpfende Komponente: Funktion.....	56
VI. Schlussfolgerungen	58
B. Die Risikobewertung nach der BasisVO – die Bestimmung des Risikos	59
I. Die institutionelle Unabhängigkeit der Risikobewertung	61
II. Die vier Einzelschritte der Risikobewertung.....	63
1. Die Gefahrenidentifizierung.....	63
2. Die Gefahrenbeschreibung	64
3. Die Expositionsabschätzung.....	65
4. Die Risikobeschreibung	66
5. Die (teilweise) Entbehrlichkeit der Risikobewertung .	67
III. Die Risikokommunikation als faktischer Vorgang innerhalb der Risikobewertung	68
IV. Die Einordnung der Risikobewertung in die Risiko- analyse und Schlussfolgerung.....	71
C. Schlussfolgerungen	72
Teil 3 Das Risikomanagement und die (Rechts-)Folgen der Risikobewertung	75
A. Die Akzeptabilität des Risikos – die Bestimmung der materiellen Eingriffsschwelle.....	77
I. Die Berücksichtigung der sog. anderen Faktoren.....	78
1. Die Art und die Berücksichtigungsfähigkeit der sog. anderen Faktoren.....	79
2. Die Gewichtung der sog. anderen Faktoren	83
II. Die Berücksichtigung der Ergebnisse der Risiko- bewertung	85
1. Die grundrechtliche Dimension aus Sicht der Verbraucherschaft.....	89
2. Die grundrechtliche Dimension aus Sicht der Lebens- mittelwirtschaft	93
3. Der grundrechtliche Maßstab zur Berücksichtigung der Risikobewertung und der daraus folgende Konkretisierungsbedarf	97

III. Die Relevanz der sog. anderen Faktoren für die Bestimmung der Akzeptabilität	101
IV. Schlussfolgerungen und weitere Gedanken	103
B. Die Instrumentarien und strategischen Alternativen des Risikomanagements in unterschiedlichen Situationen und Kontexten	106
I. Die Konsultation mit den Beteiligten zur Abwägung der strategischen Alternativen	107
II. Die Pflichten von Lebens- und Futtermittelunternehmer als Ausprägung des Risikomanagements	111
1. Der Pflichtenkreis der Lebens- und Futtermittelunternehmer	111
a. Der Verantwortungsumfang: Kettenverantwortung versus differenzierte Stufenverantwortung	113
b. Die Abgrenzung der Pflichtenkreise aus Art. 17 Abs. 1 und Abs. 2 BasisVO	116
2. Die Verpflichtung zu Rücknahme und Rückruf nach Art. 19 BasisVO	118
a. Die Reaktionsstufen und der (Norm-)Adressatenkreis des Art. 19 BasisVO	120
b. Die materielle Komponente des Art. 19 BasisVO und ihre tatbestandlichen Ungeklärtheiten	122
c. Das epistemische und prognostische Element des Art. 19 BasisVO	123
3. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	124
III. Die Tätigkeiten und Befugnisse der Lebensmittelüberwachungsbehörden als Bausteine des Risikomanagements	126
1. Die allgemeinen behördlichen Kontroll- und Überwachungsbefugnisse	128
2. Die (klassischen) verwaltungsrechtlichen Durchsetzungsmaßnahmen	129
a. Die Fallgruppen verwaltungsrechtlicher Durchsetzungsmaßnahmen	130
b. Die Konkretisierungsleistung der verwaltungsrechtlichen Instrumente	133
3. Die behördliche Informationstätigkeit	135
a. Die behördliche Information der Öffentlichkeit nach Art. 10 BasisVO	136
b. Der behördliche Informationsaustausch im Rahmen des Europäischen Schnellwarnsystems (RASFF)	143

4. Die Sofortmaßnahmen gemäß Art. 53 f. BasisVO	148
5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	150
IV. Die Einbeziehung in und die Relevanz des Risiko- begriffes auf ausgewählte lebensmittelrechtliche Recht- setzungen der Union	153
1. Der Blick auf zulassungspflichtige Lebensmittel und Verfahren	154
a. Neuartige Lebensmittel und genetisch veränderte Lebensmittel	155
b. Zusatzstoffe und Enzyme	157
2. Der Blick auf besondere produktbezogene Rege- lungen und mikrobiologische Kriterien	159
a. Nahrungsergänzungsmittel und angereicherte Lebensmittel	159
b. Höchstmengen und mikrobiologische Kriterien . . .	161
3. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	163
C. Schlussfolgerungen	165
Teil 4 Die Anforderungen an die Lebensmittelsicherheit und das Binnenverhältnis des Art. 14 BasisVO	171
A. Die Struktur und Reichweite des Art. 14 BasisVO – allgemeine Vorklärungen	173
I. Der Anwendungsbereich und die Zielsetzung des Art. 14 BasisVO	174
II. Der Adressatenkreis und die Verantwortungsverteilung des Art. 14 BasisVO	176
III. Die Beweislastverteilung und die Vermutungsregeln des Art. 14 BasisVO	177
IV. Der einheitliche Begriff der „Nicht-Sicherheit“ von Lebensmitteln und der unterschiedliche Bewertungs- maßstab	179
V. Die korrektiven Beurteilungskriterien des Art. 14 Abs. 3 BasisVO	180
VI. Die besondere Befugnis für beschränkende Maßnahmen nach Art. 14 Abs. 8 BasisVO	183
B. Das Merkmal der Gesundheitsschädlichkeit nach Art. 14 Abs. 2 lit. a BasisVO	184
I. Die materiellen Kriterien zur Beurteilung der Gesund- heitsschädlichkeit	188
II. Das epistemisch-prognostische Element zur Beurteilung der Gesundheitsschädlichkeit	191

III. Die (vermeintlich fehlende) verknüpfende Komponente und die Erheblichkeitsschwelle der Gesundheitsschädlichkeit.....	194
IV. Schlussfolgerungen	196
C. Das Merkmal der Verzehrsungeeignetheit nach Art. 14 Abs.2 lit. b BasisVO	199
I. Die Inhaltsbestimmung der Tatbestandsvarianten des Art. 14 Abs.5 BasisVO	199
II. Die Reichweite der Verzehrsungeeignetheit und deren extensive Handhabung	203
1. Die Einbeziehung der normalen stofflichen Zusammensetzung von Lebensmitteln	204
2. Die Einbeziehung sog. Ekelfälle	206
III. Schlussfolgerungen	207
D. Schlussfolgerungen	209
Teil 5 Der rechtliche Umgang mit Vorsorgefällen gemäß Art. 7 BasisVO – materielle Anforderungen sowie Auswirkungen auf behördliche und unternehmerische Entscheidungen und Maßnahmen	212
A. Der Vorsorgeanlass nach Art.7 BasisVO – Konturierung der Voraussetzungen	213
I. Die wissenschaftliche Unsicherheit als Ergebnis der Risikobewertung.....	214
II. Die Möglichkeit gesundheitsschädlicher Auswirkungen.....	215
B. Die (Rechts-)Folgen des Vorsorgeanlasses – Grenzen und Ausgestaltung	217
I. Die besonderen Anforderungen an vorläufige Risikomanagementmaßnahmen	218
II. Die Relevanz auch anderer berücksichtigungswerter Faktoren.....	222
III. Die Arten vorsorgender Maßnahmen und das legislative Tätigwerden als politische Entscheidung.....	223
IV. Die behördlichen Befugnisse und lebensmittelunternehmerischen Pflichten in Vorsorgefällen	226
1. Die behördlichen Befugnisgrundlagen und Befugnisse in Vorsorgefällen	228
2. Die lebensmittelunternehmerischen Handlungspflichten in Vorsorgefällen	231
C. Schlussfolgerungen	233

Inhalt

Teil 6 Zusammenfassung der Ergebnisse – Thesen 236
Literaturverzeichnis 239